

Betreff: Fwd: Re: Rechtsbruch oder Rechtsbeugung in Bayern????

Von: Freunde für Bayern <fffbayern@gmx.net>

Datum: 07.12.2016 15:44

An: bayernstrom@kubus-mv.de

Sehr geehrte Damen und Herrn von Kubus- Beratungsgesellschaft, wie sieht man in Ihren Augen und mit Ihren gemachten Erfahrungen die nur teilweise Entwicklung in Sachen Straßen -ausbaubeitragsatzungen ? Eigentlich wäre nur Abschaffung sinnvoll - den SABAS und die Zweitwohnungssteuer sind sich ziemlich ähnlich und können nur durch Abschaffungen dieser ominösen Satzungen für den Normalbürger akzeptiert werden um wieder Frieden in Kommunen zu gewährleisten.

Anbei einen Mailverkehr mit einigen Kommunalen Vertretern aus bayerischen Kommunen zur Info, wir als IG oder Verein sind darauf uns sicher, dass nur eine Abschaffung von SABAS wieder Ruhe und Frieden in Kommunen zu retten ist. Alle diese Satzungen ob nun wiederkehrende Beiträge als Auch Einmalzahlungen sollten abgeschafft werden!

Wie sieht man so eine Entwicklung von Ihrer Warte aus. Für ein kurze Info bedankt sich Josef Butzmann 1. Vors. Freunde für Ferien in Bayern e.V.

fffbayern@gmx.net Tel. 07309 5084 weitere Infos dazu > anti-strabs-net.de-- Vssd./eu

----- Weitergeleitete Nachricht -----

Betreff: Re: Rechtsbruch oder Rechtsbeugung in Bayern????

Datum: Wed, 7 Dec 2016 10:11:04 +0100

Von: Freunde für Bayern <fffbayern@gmx.net>

An: Werner Niederdraenk VerBiB <w.e.niederdraenk@googlemail.com>

Kopie (CC): Heirich Kellermann VerBiB <h.kellermann@web.de>, Gustav Grimm Avgkd <g.grimm.avgkd.rlp@gmx.de>, Josef Mend <Josef.Mend@vgem.iphofen.de>, Juliane Thimet <juliane.thimet@bay-gemeindetag.de>, Hans Peter Direktor Bay. Gemtg. Mayer <hans-peter.mayer@bay-gemeindetag.de>, Franz Dr. Dirnberger -Direktor Bay.Gmeindetag <franz.dirnberge@bay-gemeindetag.de>, Uwe,Dr. Brandl <uwe.brandl@abensberg.de>, Landratsamt Oberallgäu <landratsbuero@lra-oa.bayern.de>, Landratsamt Oberallgäu <gottfried.mayrock@lra-oa.bayern.de>, Hubert Aiwanger- Fraktionsvors. <buergerbuero@hubert-aiwanger.de>

Hallo liebe Mitstreiter in Sachen Straßenausbaubeitragsatzungen

nachstehende Antwort von einem Bürgermeister Herrn Mend (Freie Wähler) Gemeinde IphofenUfr. zusätzlich i Präsidium Bayer. Gemeindetag, diesem sind wir doch zu einem Dank verpflichtet, denn weder Präsidenten noch zahlreiche Bürgermeister waren bisher zu einem Kommentar bereit!

Was kann man denn so einem treuen Gefährten noch auf den Weg geben? Die Machthaber in Bayern sitzen im Bayer. Gemeindetag? Die richterliche Rechtsprechung orientiert sich an den Vorgaben der übermächtigen CSU- ? Folglich bleibt dem Normalbürger nur noch von seinem Wahlrecht sorgfältig Gebrauch zu machen - Nichtwähler begünstigen diese einseitige ungute Entwicklung? Gleichzeitig erhebt sich inzwischen die Frage: Wem, bzw. welcher Partei können den gut informierte Bürger noch Vertrauen schenken??? Übt die CSU echte Diktaturdemokratie aus? FW- traut sich nicht zu eigenen Fakten zu einer demokratischen Lösung ??- Von den Grünen dürfen Besitzer von Eigentum nichts als Verpflichtungen erwarten?? - ähnlich sieht es auch bei der zahnlosen SPD aus, befindet sich wohl auf dem Abstiegsast in der Parteienlandschaft??ob es wohl sinnvoll ist künftig sich der AfD anzunähern kann zur Stunde niemand vernünftig beurteilen?? den Reichsbürgern sich anzuschließen ohne jeglichen Waffenbesitz könnte ins Verderben führen- Was bleibt am Ende noch übrig ? Mit folgenden Worten zu beantworten: Ratlosigkeit - u. beschämende Situation in einem demokratischen Staat!

/*Abhilfe - Abschaffung der Straßenausbaubeitragsetzung nur zu erreichen über Klagen beim Bundesverwaltungsgericht - bzw. Bundesverfassungsgericht oder als letzte Möglichkeit Anrufung des Europäischen Gerichtshofes - wenn im Namen des Volkes in Deutschland keine Bewegung kommt!!*/_

Diese Situation ist ähnlich und auch vergleichbar mit der Vorgehensweise während der letzten 10 Jahre in Sachen Zweitwohnungssteuer im Freistaat- nur ein Blick in die Vergangenheit - festgehalten in Aktuell 16 9-09 2016 -siehe Anhang. auch hier hat die Popularklage blitzschnell eine Kehrtwende von Lügenschichten beim Freistaat stattgefunden!

Wenn gut informierte Bürger sich äußern und auch Vorschläge unterbreiten, sind diese wohl auch bereit eine Rechtsprechung *im Namen des Volkes* zu akzeptieren, ob die Rechtsprechung vom VGH München in Sache SABAS wirklich im ***Namen des Volkes erfolgte***, darf doch noch bezweifelt werden. Bayerische Gepflogenheiten weichen z. B. eben stark vom Nachbarland Baden - Württemberg drastisch ab - und das alles in der Bundesrepublik Deutschland ????????????

mit freundlichen Grüßen

Josef Butzmann

1. Vors. Freunde für Ferien in Bayern e.V. wie stehen jederzeit zu einer Diskussion zur Verfügung / fffbayern@gmx.net / Tel. 07309 5084

----- Weitergeleitete Nachricht -----

Betreff: Re: Rechtsbruch oder Rechtsbeugung in Bayern????
Datum: Wed, 7 Dec 2016 07:30:34 +0000
Von: Josef Mend <Josef.Mend@vgem.iphofen.de>
An: Freunde für Bayern <fffbayern@gmx.net>

Sehr geehrte Damen und Herren,

**

Sie haben schon eigenartige Ansichten. Wer in einem Rechtsstaat lebt sollte auch die höchstrichterliche Rechtsprechung respektieren.

**

*Gruß *

**

Josef Mend

Von meinem iPhone gesendet

Am 25.11.2016 um 19:01 schrieb Freunde für Bayern <fffbayern@gmx.net>
<<mailto:fffbayern@gmx.net>>:

Sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in ganz Bayern, von diesem Thema sind doch alle betroffen - sind auch Sie bereit zu breiterer Diskussion ?

Wie reagiert man denn?? zu Straßenausbaubeiträgen ?

Halten Sie es denn für richtig, dass die Kommunalverbände das Land spaltet und Unfrieden in allen Gemeinden stiftet mit aller Macht und Herrlichkeit die Regierung sogar unter Druck setzt die Kommunale Selbstverwaltung zu begraben?

Beispielhaft folgende Szenerie:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gottwald der Gemeinde Unsleben,

mit sehr großer Verwunderung ist aus dem Bericht <http://www.mainpost.de/regional/rhoengrabfeld/Verwaltungsgerichtshoefe;art765,9426390>

Lösung im Beitragsstreit nicht in Sicht

erschienen in der heutigen Mainpost zu lesen, dass Sie die Vorschläge von Rainer Kalwait als `/*"Rechtsbruch" */_betiteln`.

Eigentlich müssten Ihre Bürgerinnen und Bürger sowohl den Mitgliedern einer IG und allen von den Betroffenen der Straßenausbaubeiträgen Ihnen `/*Vertrauensmissbrauch */unterstellen`. Sie sind zum Wohle der Bürger Ihrer Kommune und nicht den Vorgaben und Druckmitteln der CSU- Regierung verpflichtet, denn nicht die CSU sondern Ihre Bürger haben Sie gewählt und das Vertrauen dem Gemeinderat ausgesprochen für die Bürger und nicht gegen die eigenen Bürger sich einzusetzen.

Nach dem inzwischen jüngsten VGH- Urteil sind sogar zahlreiche CSU- Bürgermeister in ganz Bayern in sehr großer Aufregung, nicht nur Hohenbrunn sondern zahlreichen Bürgermeistern wurde doch mehr oder weniger gedroht mit dem Hinweis jede Kommune `*MUSS *- das Soll` wird nun zu einem `*MUSS*`. Das ist ähnlicher Skandal, wie in der Türkei Erdogan alle die nicht seiner Meinung sind werden einfach einsperrt - wenn die Plätze in den Gerichten nicht ausreichen- lässt dieser sich schon noch weitere Greuelthaten einfallen. Dem kann auch die Ermahnung der EU- Parlamentarier nichts anhaben .- der denkt nicht daran. Ebenso ist doch die Verhaltensweise unseres Innenministers in Bayern. Wie lange lassen sich denn solche Bürgermeister wie Sie und noch viele andere auch welche sogar gar nicht der CSU Gefolgschaft zu leisten verpflichtet werden können, nicht von gefähr, so darf spekuliert werden gehören Sie der Fraktion Bürgerforum an und nicht der CSU! Wo bleibt denn eigentlich das Recht auf Kommunale Selbstverwaltung?

Auch damit begeht doch die CSU- Regierung mit den vielen vernünftigen, verantwortlichen Kommunalen Mandatsträgern einen `/*"Rechtsbruch" - */Bisher` ist mir noch keine gesetzliche Regelung aufgefallen und auch nicht bekannt, dass die Kommunale Selbstverwaltung aufgehoben sei. Sollte es so ein Gesetz inzwischen geben, dann würde ich und viele andere Bürger im Tor zum Paradies - das ist mal das Bayernland das man so bezeichnen darf- niemals aufgehen.

Liebe arme bayerische Bürgermeister und Gemeinderäte schaut Euch doch mal das "Kretschmerland" an, früher hieß es das CLEVERLE- Land - zwischendurch wird es auch Baden -Württemberg genannt- da gibt es diesbezüglich nicht mal eine Diskussion ob und wie man mit Straßenausbaubeiträgen die betroffenen Bürger wohl noch zusätzlich willkürlich schröpfen könne. Abgesehen in Berlin und Hamburg und schließlich auch in der Landeshauptstadt München hält man zu den Bürgern. Verschließt Ihr denn alle Eure Augen -und Ohren- es gärt in ganz Bayern, denn mit der willkürlichen Gesetzgebung hat es die CSU -Alleinherrschaft geschafft in*alle Kommunen Unfrieden zu stiften-* egal ob mit oder ohne Satzung. Dort wo in unverantwortlicher Weise dem Druck nachgegeben worden ist, versuchen diese Verwaltungen samt kommunaler Aufsicht einfach den schwarzen Peter an die missliche Finanzlage oder an die bestehende gesetzliche Vorgaben zur eigenen Entlastung sich zu entschuldigen.

Was nun übrig bleiben wird, es müssen die Bürger nicht zum Rechtsbruch aufgerufen werden - nein diese müssen von Ihrem Wahlrecht zum Ausdruck bringen, die CSU - so sind inzwischen viele "Unzufriedene" aufgerufen entsprechende Konsequenzen zu ziehen - Ihre Stimme abgeben ist wesentlich wichtiger als sich dem großen Heer der Nichtwähler anzuschließen. Denn

Nichtwählern sei mitgeteilt: Volk Du hast es soo gewollt!!

In Sachen Finanzlage soll doch jeh noch einmal eine politische Gruppierung behaupten es seien zu wenige Steuereinnahmen schuldig an der knappen Haushaltslage der Kommunen- dem sollte vor Augen geführt werden, dass noch nie soviel Steuereinnahmen zu verbuchen waren wie aktuell. Es kommt noch hinzu, dass man für jeden legalen oder unlegalen Zuwanderer mit einer ausgeprägten Willkommenskultur das Geld nachschmeißt - nicht von ungefähr konnte man über 7 bis 10 Milliarden über Nacht für Integration zur Verfügung stellen. Wehe es erlaubt sich mal ein Bürgermeister wie z.B. LKr. Landau- Dingolfing Landrat Trapp sich öffentlich mit der Wahrnehmung zu befassen, wird man diesen, wie alle übrigen Bürger in unserem Lande als Radikalisten an den Pranger gestellt.

Heute ist auch noch ein guter Tag für sehr erfreuliche Nachrichten, unser Innenminister denkt wohl nach eine neue Idee zu verwirklichen - dazu sollten sich Bürger bereiterklären zur informellen Mitarbeit - klingt besser als "Stasimitarbeiteranwerbung"

Lieber Herr Bürgermeister -Gottwald sollten Sie wirklich bei Ihrer Meinung bleiben

Anstiftung zum Rechtsbruch dann wäre es begrüßenswert diesen hiermit vorgetragenen Fakten zu widersprechen.

Für einen Kommentar würde ich mich im Interesse sehr vieler Bürger in zahlreichen IG`s zusammengeschlossen bedanken. Bedenken Sie bitte es sind inzwischen viele IG`s bemüht zu einer breiten Volksaufklärung einen Beitrag zu leisten - welche auch ohne die Unterstützung der Medien erfolgt. Nur mit den IG`s könnten die Bürgermeister und nicht gegen die IG`s mehr Gerechtigkeit der Willkürlichkeit entgentreten und dabei etwas positives erreichen.

mit freundlichen Grüßen

gez. Josef Butzmann

Sympathiebekundung BI Bayern - anti-strabs-net.de/ <http://anti-strabs-net.de/> + Vssd./eu + AVgkd + www.*ig*-*gartenstrasse*-*senden*.de/kontakt/

pers. Tel. 07309 5084

EM fffbayern@gmx.net

<Flüchtlingsthema verboten LRA .25.11.16.docx>

<Informelle - Lastwagenfahrer 24.11.16 STASI Neuauflage.docx>

<Unsleben SABAS 25.11.16.docx>

—Anhänge:

Aktuell 16 6 -09 .2016PdF.pdf	318 KB
Mafia Bayer. Gemeindetag-PDF-Plagiat.pdf	31,3 KB
Weißenhorer Erschliessungsbeitragssatzung 1987.pdf	4,9 MB